



Antragsteller: Fraktion AfD

Antragsdatum:

09. März 2021

Beratungsfolge:	Datum		Datum
<input type="checkbox"/> Dienstberatung Oberbürgermeister <input type="checkbox"/> Ausschuss für Haushalt und Finanzen <input type="checkbox"/> Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen <input type="checkbox"/> Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten <input type="checkbox"/> Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten <input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Ausschuss für Bau und Verkehr <input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss <input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung <input type="checkbox"/> Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf <input type="checkbox"/> Information an AG Ortsteile <input type="checkbox"/> Jugendhilfeausschuss	 21.04.2021 28.04.2021

Antragsgegenstand:

Ermöglichung der politischen Teilhabe aller Bürger an Ausschusssitzungen

Inhalt des Antrages:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Verwaltung zu erwirken, dass Teilnehmer aus der Stadtverwaltung an öffentlichen Sitzungen und Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung grundsätzlich einer Übertragung der Sitzungen im Livestream zustimmen, um die Öffentlichkeit an der politischen Arbeit in der Stadt Cottbus teilhaben zu lassen.

Begründung:

Es gibt das klare Bekenntnis der Stadt Cottbus zur politischen Teilhabe aller Bürger unserer Stadt. Insbesondere unter den, im Moment Covid-19 bedingten, bestehenden Einschränkungen der Möglichkeiten an Ausschusssitzungen teilnehmen zu können (die überwiegende Anzahl der Ausschüsse findet online statt), ist es notwendig, interessierten Bürgern zumindest die Möglichkeit einzuräumen, die Ausschüsse online zu verfolgen. Wie zuletzt im Jugendhilfeausschuss, fand eine Übertragung im Internet aus Gründen mangelnder Bereitschaft einzelner anwesender Ausschussmitglieder bzw. Verwaltungsmitarbeiter, einer öffentlichen Übertragung zuzustimmen, nicht statt. In diesem Zusammenhang bitten wir den Oberbürgermeister, die betreffenden Mitarbeiter zu überzeugen, in Zukunft einer öffentlichen Übertragung zuzustimmen bzw. wenn keine Zustimmung zu erwarten ist, die Ausschüsse trotzdem online zu übertragen und technische Änderungen vorzunehmen. Technische Änderungen können sein, die anwesenden Ausschussmitglieder bzw. Verwaltungsmitarbeiter so zu platzieren, dass diese nicht von der Kamera aufgenommen werden können. Bei Redebeiträgen die Stimme zu verzerren oder den Ton im Livestream für diesen Moment lautlos gestellt werden. Sollte das Verzerren der Stimme oder das Abstellen vom Ton, technisch nicht möglich sein, ist der Livestream zu unterbrechen und ein Hinweis in Bild und Ton über eine kurze Unterbrechung für die Bürger anzuzeigen. In Dresden z. B., wird im Livestream mit Personen bei fehlendem Einverständnis zur Online-Übertragung so bereits erfolgreich verfahren.

Unterschrift Antragsteller/in

Beschlussniederschrift

- Gremium: HA StVV
 einstimmig mit Stimmenmehrheit
 laut Beschlussvorschlag
 mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:
Anzahl der **Ja**-Stimmen:
Anzahl der **Nein**-Stimmen:
Anzahl der **Stimmenthaltungen**: